

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

BULGARIEN/RUMÄNIEN: FORTSCHRITTE IN BULGARIEN BEI DER JUSTIZREFORM UND DER KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG – RUMÄNIEN FÄLLT ZURÜCK

Die Kommission hat am 20.07.2010 den Jahresbericht über die Fortschritte von Bulgarien und Rumänien bei der Justizreform und der Korruptionsbekämpfung vorgelegt. Dieses Verfahren wurde 2007 angesichts der Defizite in diesen Bereichen beim Beitritt von Bulgarien und Rumänien eingeführt. Daraus ergibt sich, dass im Gegensatz zu den vorherigen Berichten nunmehr Bulgarien unter der neuen Regierung von Ministerpräsident *Boyko Borisow* seine Reformen ernsthaft in Angriff nimmt und wichtige Ergebnisse erzielt hat. Hingegen haben die Reformen in Rumänien an Schwung verloren und es sind sogar Rückschritte in der Korruptionsbekämpfung durch die Nationale Integritätsbehörde zu verzeichnen. In beiden Ländern muss die Spitze des Justizwesens mehr Verantwortung für die Reform übernehmen. Die Kommission sieht jedoch keinen Anlass für finanzielle Sanktionen durch den Entzug von EU-Fördermitteln. Die Berichte enthalten zudem konkrete Empfehlungen, die von beiden Ländern im Verlauf des nächsten Jahres umgesetzt werden sollen.

Allgemeine Informationen zum Kooperations- und Kontrollverfahren finden sich unter

[MEMO/07/260](#)

Die vollständigen Berichte für 2010 finden sich unter:

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/index_de.htm

TÜRKEI: HANDELSAUSSCHUSS DES EP SIEHT BEITRITSVERHANDLUNGEN GEFÄHRDET

Am 14.07.2010 stellte der Ausschuss für internationalen Handel in dem Bericht von MdEP *Metin Kazak* (ALDE/Bulgarien) zu den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen EU und Türkei fest, dass die Weigerung der Türkei zur Umsetzung des sog. „Ankara Protokolls“ über den Handel mit Zypern „ernsthafte“ Folgen für die Erweiterungsgespräche haben könne. Das EP-Plenum wird im September 2010 über den Bericht abstimmen. Zuvor hatte Erweiterungskommissar *Füle* bei einem Besuch in der Türkei am 13.07.2010 versi-



chert, dass „die Kommission die Türkei auch künftig unterstützen“ werde. Er hofft, dass dieses Jahr noch weitere Kapitel im Verhandlungsprozess geöffnet werden. Allerdings unterstrich auch *Füle*, dass die Fortschritte in den Verhandlungen von den Reformen in der Türkei abhängen.

Der Bericht findet sich unter:

[http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-
//EP//TEXT+COMPARL+PE-441.306+02+NOT+XML+V0//DE](http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+COMPARL+PE-441.306+02+NOT+XML+V0//DE)

SOMMERPAUSE DER EUROPÄISCHEN INSTITUTIONEN

Die traditionelle Sommerpause der europäischen Institutionen ab Ende Juli endet am 29.08.2010. Das EP startet mit einer Ausschusswoche am 30.08.2010. Die erste Plenarsitzung ist vom 06. – 09.09.2010 vorgesehen. Die erste Sitzung des Kollegiums der Europäischen Kommission ist für den 01.09.2010 angesetzt. Die Sitzungen des Ministerrates werden ebenfalls in der Woche vom 30.08.2010 wieder aufgenommen. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) sowie das Gericht erster Instanz sind bis zum 29.08.2010 geschlossen. Die Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU ist im Rahmen eines Jour Dienstes auch in der Sommerpause erreichbar.

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

RAT NIMMT SWIFT-ABKOMMEN ENDGÜLTIG AN

Der EU-Ministerrat hat das vom EP gebilligte Abkommen EU – USA über die Weitergabe von Zahlungsverkehrsdaten zur Terrorismusbekämpfung (SWIFT) angenommen. Es tritt am 01.08.2010 in Kraft.

INFORMELLER JI-RAT AM 15./16.07.2010: INNENPOLITIK

- Grundsatzdebatte zur Asylpolitik: zahlreiche Mitgliedstaaten kritisierten erneut die Vorschläge der Kommission zur Überarbeitung der geltenden EU-Asylrechtsakte; eine breite Mehrheit lehnt auch die vorübergehende Aussetzung von Rücküberstellungen in besonders belastete oder überforderte Mitgliedstaaten ab
- Debatte zur Strategie für die Innere Sicherheit



KOMMISSION SCHLÄGT RICHTLINIEN ZU EINREISE UND AUFENTHALT VON SAISONARBEITERN UND KONZERNINTERN VERSETZTEN MITARBEITERN VOR

Mit der Saisonarbeiterrichtlinie sollen die Zulassungsverfahren angeglichen, die Möglichkeit zur Zulassung für mehrere aufeinander folgende Jahre eingeführt und ein Grundbestand von Mindestrechten für Saisonarbeiter geschaffen werden. Die Richtlinie zu konzernintern Entsandten soll die Versetzung von Führungskräften und spezialisiertem Personal internationaler Unternehmen aus Drittstaaten in Filialen oder Tochterunternehmen in einem EU-Staat sowie die zeitlich beschränkte Weiterversetzung in ein anderes EU-Land erleichtern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/930&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/931&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>

KOMMISSION STELLT SACHSTAND DER ANTITERRORISMUSPOLITIK UND DES INFORMATIONSMANAGEMENTS IM BEREICH JUSTIZ UND INNERES DAR

Die Kommission hat zwei Mitteilungen angenommen, in denen sie die EU-Politik zur Terrorismusbekämpfung sowie die großen Datensammlungen im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht ausführlich darstellt und erläutert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/987&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/986&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>

STRASSENVERKEHRSSICHERHEIT 2011 – 2020: KOMMISSION STREBT WEITERHIN EINE HALBIERUNG DER ZAHL DER JÄHRLICHEN VERKEHRSTOTEN AN

Die Kommission hat eine Mitteilung „Ein Europäischer Raum der Straßenverkehrssicherheit: Leitlinien für die Politik 2011 – 2020“ angenommen. Oberstes Ziel soll auch in den nächsten zehn Jahren die Halbierung der Zahl der Verkehrstoten bleiben. Die Kommission geht davon aus, dass die wichtigsten Rechtsakte zur Straßenverkehrssicherheit schon existieren und daher kaum weiterer, legislativer Handlungsbedarf besteht.



http://ec.europa.eu/transport/road_safety/pdf/com_20072010_de.pdf

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/970&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/971&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VERTRAGSVERLETZUNGSVERFAHREN DER KOMMISSION GEGEN „EINHEIMISCHENMODELLE“ TRIFFT AUF PROTEST IN BAYERN

Die Kommission hat die zweite Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen Deutschland wegen der „Einheimischenmodelle verschiedener Kommunen“ eingeleitet. Innenminister *Joachim Herrmann*, Vertreter aller Fraktionen des Bayerischen Landtags und der kommunalen Spitzenverbände sowie die acht CSU-Abgeordneten im EP kritisierten das Verfahren.

<http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2010/225.php>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

INFORMELLER RAT JUSTIZ UND INNERES AM 16.07.2010 IN BRÜSSEL

Vom Informellen Rat Justiz und Inneres am 16.07.2010 sind im rechtspolitischen Teil zwei Punkte festzuhalten:

- Europäische Staatsanwaltschaft nicht in Sicht
- E-Justiz-Portal eröffnet.

<https://e-justice.europa.eu>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/10/st09/st09714-re01.de10.pdf>

RICHTLINIENVORSCHLAG ZUR AUFKLÄRUNG ÜBER STRAFVERFAHRENSRECHTE

Die Kommission legte am 20.07.2010 einen Vorschlag für eine Richtlinie vor, wonach EU-Bürger im Falle einer Festnahme von Polizei und Justiz ausführlich, schriftlich und in einer ihnen verständlichen Sprache über ihre Rechte als Beschuldigte unterrichtet werden müssen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/989&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/justice_home/news/intro/doc/com_2010_392_3_en.pdf



KONSULTATION ZU RECHTEN VON VERBRECHENS- UND GEWALTOPFERN

Die Kommission hat am 15.07.2010 eine öffentliche Konsultation zu der Frage eingeleitet, wie Opfer von Verbrechen und Gewalt geschützt werden, welche Unterstützung sie erhalten und was in diesem Bereich noch verbessert werden muss. Die Konsultation läuft bis zum 30.09.2010.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/953&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/justice_home/news/consulting_public/news_consulting_0053_en.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES ECOFIN-RATES VOM 13.07.2010

Der Rat hat formell die Entscheidung getroffen, dass Estland ab 01.01.2011 dem Euroraum beitreten kann. Gegen Bulgarien, Dänemark, Zypern und Finnland wurde ein Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits eingeleitet. Ohne Defizitverfahren sind damit nur noch Estland, Schweden und Luxemburg. Nach Einschätzung des Rates sind Belgien, Tschechien, Deutschland, Irland, Spanien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Großbritannien den Empfehlungen des Rates in den laufenden Defizitverfahren gefolgt und haben angemessene Maßnahmen zur Korrektur ihrer übermäßigen Haushaltsdefizite getroffen. Im steuerlichen Bereich hat der Rat die Rechnungsstellungsrichtlinie verabschiedet. Damit werden die Regelungen zur Rechnungsstellung im Mehrwertsteuerrecht vereinfacht und stärker harmonisiert. Im Rahmen der vom ER am 17.06.2010 verabschiedeten neuen EU-Strategie Europa 2020 hat der Rat die sog. integrierten Leitlinien zur Wirtschaftspolitik angenommen. Ein weiteres wichtiges Thema war das Finanzaufsichtspaket. Der Rat hat sich auf eine Position für die weiteren Verhandlungen verständigt, mit der er dem EP in wichtigen Punkten entgegenkommt. Insbesondere will der Rat die drei neuen Aufsichtsbehörden nunmehr doch mit bestimmten Durchgriffsrechten ausstatten. Erklärtes Ziel von Rat und EP ist es, bis September eine Einigung zu erzielen, damit die neuen Aufsichtsbehörden ihre Tätigkeiten wie geplant zum 01.01.2011 aufnehmen können.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115806.pdf



DRITTE SITZUNG DER TASK FORCE UNTER LEITUNG DES PRÄSIDENTEN DES ER VAN ROMPUY

Auf ihrer dritten Sitzung am 12.07.2010 hat sich die vom ER Ende März einberufene Task Force erneut mit der Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie mit der makroökonomischen Überwachung befasst. Einvernehmen bestand in der Task Force über die stärkere Berücksichtigung der Schuldenstände bei der Festlegung der Konsolidierungsziele und im Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Einführung eines Europäischen Semesters ab 2011 zur stärkeren Koordination und Überwachung der Haushalts- und Wirtschaftspolitik und die Einführung eines Mechanismus zur stärkeren makroökonomischen Überwachung auf der Grundlage von wichtigen Indikatoren („Scoreboard“). Daneben sollen die finanziellen und nichtfinanziellen Sanktionsmechanismen im Stabilitäts- und Wachstumspakt erweitert werden. Dabei soll vor allem der EU-Haushalt als Hebel für die Durchsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verwendet werden. Die nächste Sitzung der Task Force wird voraussichtlich Anfang September stattfinden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/115798.pdf

KOMMISSION SCHLÄGT ÄNDERUNG DER ANLEGERSCHUTZVORSCHRIFTEN VOR

Die Kommission hat am 12.07.2010 Änderungen an der Einlagensicherungsrichtlinie und an der Anlegerentschädigungsrichtlinie vorgeschlagen. Nach dem Vorschlag der Kommission soll die Einlagensicherungsrichtlinie künftig unterschiedslos für alle Kreditinstitute und Sicherungssysteme gelten. Die bisherigen Ausnahmenvorschriften für die bestehenden Institutssicherungssysteme der Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Bausparkassen sollen entfallen. Die Deckungssumme wird auf einen festen Betrag von 100.000 € festgelegt. Inhaber von Bankkonten sollen ihre Einlagen innerhalb von sieben Tagen zurück erhalten. Die Einlagensicherung erstreckt sich künftig auf kleine, mittlere und große Unternehmen sowie auf alle Währungen. Die Anlegerentschädigungsrichtlinie gewährleistet eine Entschädigung, wenn eine Wertpapierfirma nicht in der Lage ist, einem Anleger die ihm gehörenden Vermögenswerte zurückzugeben. Nach dem Vorschlag der Kommission soll in der Anlegerentschädigungsrichtlinie u.a. die Entschädigungssumme von 20.000 € auf 50.000 € pro Anleger angehoben und die Entschädigungsfrist auf neun Monate verkürzt



werden.

Die Kommission möchte künftig auch einen besseren Schutz für Versicherungsnehmer vor-sehen, für die vergleichbare Regelungen bisher nicht vorliegen. Hierzu hat die Kommission ein Weißbuch mit mehreren Handlungsoptionen vorgelegt. Bevor ein konkreter Richtlinienvorschlag vorgelegt wird, haben Interessierte bis 30.11.2010 Gelegenheit, zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen.

Einlagensicherungssysteme:

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/guarantee/index_de.htm

Anlegerentschädigungssysteme:

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/isd/investor_de.htm

Sicherungssysteme für Versicherungen:

http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/guarantee_de.htm

KOMMISSION: BERICHT ZUM SCHUTZ DER FINANZIELLEN INTERESSEN DER EU

Die Kommission hat am 14.07.2010 ihren Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der EU und die Betrugsbekämpfung veröffentlicht. Während in den Bereichen Eigenmittel und Direktausgaben die Zahl der gemeldeten Unregelmäßigkeiten im Jahr 2009 zurückgegangen ist, ist in anderen Bereichen wie Landwirtschaft, Kohäsionspolitik und Heranführungshilfe ein Anstieg der gemeldeten Unregelmäßigkeiten zu verzeichnen. Ein Grund für den Anstieg der bekannten Unregelmäßigkeiten in einigen Bereichen kann auch sein, dass die bestehenden Kontroll- und Betrugsbekämpfungssysteme besser funktionieren und daher mehr Fälle gemeldet werden.

http://ec.europa.eu/anti_fraud/reports/commission/2009/de.pdf

OLAF-AKTIVITÄTSBERICHT JAHR 2009

Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) hat am 14.07.2010 seinen Jahresbericht 2010 veröffentlicht. In diesem wird über die Tätigkeit von OLAF im Jahr 2009 berichtet. Im Jahr 2009 wurden 220 neue Fälle eröffnet, davon ermittelt OLAF in 148 Fällen selbst, 72 Fälle wurden an die Behörden der Mitgliedstaaten weitergeleitet. 188 Fälle konnten abgeschlossen werden. In dem Bericht werden einige Fallstudien präsentiert. So wurde u.a. der Betrug eines inzwischen ausgeschiedenen Mitglieds des EP aufgedeckt, das jährlich Kosten in Höhe von 40.000 € zu Unrecht geltend machte. Einer der Schwer-



punkte der Tätigkeit von OLAF war die Verbesserung der Effektivität der Ermittlungsverfahren. So konzentriert sich OLAF verstärkt auf schwerwiegende Fälle. Weitere Schwerpunkte sind die Betrugsprävention, die Stärkung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei den Zollkontrollen und die Überwachung von EU-Agenturen, insbesondere in der Zeit unmittelbar nach deren Gründung.

http://ec.europa.eu/anti_fraud/reports/olaf/2009/en.pdf

KOMMISSION SCHLÄGT EU-VERORDNUNG ZUR ERLEICHTERUNG DES GEWERBS-MÄSSIGEN GRENZÜBERSCHREITENDEN STRASSEN-TRANSPORTS VON EURO-BARGELD VOR

Die Kommission hat am 15.07.2010 einen Vorschlag für eine EU-Verordnung angenommen, mit der die rechtlichen Hindernisse für den gewerbsmäßigen grenzüberschreitenden Straßentransport von Euro-Bargeld zwischen den Mitgliedstaaten der Eurozone beseitigt werden sollen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/949&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION SCHLÄGT VERLÄNGERUNG DER FRIST FÜR DIE BEANTRAGUNG VON MEHRWERTSTEUERERSTATTUNGEN FÜR 2009 VOR

Die EU-Kommission hat am 15.07.2010 einen Vorschlag zur Verlängerung der Frist für die Beantragung von Mehrwertsteuererstattungen für 2009 vorgelegt. Die am 01.01.2010 in Kraft getretene Mehrwertsteuer-Erstattungsrichtlinie regelt die Erstattung der Mehrwertsteuer auf Betriebsausgaben, die Steuerpflichtige in einem anderen Mitgliedstaat gezahlt haben. Es wurde ein elektronisches System eingeführt, bei dem Steuerpflichtige Erstattungsanträge über ein Web-Portal des Mitgliedstaats stellen können, in dem sie ansässig sind. Da einige Mitgliedstaaten ihr Web-Portal zu spät einrichteten, konnten viele Steuerzahler ihre Erstattungsanträge nicht stellen. Die Frist für die Beantragung von Erstattungen für Ausgaben des Jahres 2009 soll daher bis März 2011 verlängert werden.

[http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/key_documents/legislation_proposed/com\(2010\)381_de.pdf](http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/vat/key_documents/legislation_proposed/com(2010)381_de.pdf)



KONSULTATION ZUR VEREINFACHUNG DER VERFAHREN ZUR ERHEBUNG DER MEHRWERTSTEUER IM RAHMEN DER ZENTRALEN ZOLLABWICKLUNG

Am 12.07.2010 hat die Kommission eine Konsultation zur Vereinfachung der Verfahren zur Erhebung der Mehrwertsteuer im Rahmen der zentralen Zollabwicklung eingeleitet. Nach Zollrecht können die Zollbehörden dem Einführer die Bewilligung erteilen, bei der für ihn zuständigen Zollverwaltung eine Zollanmeldung abzugeben und die Abgaben zu entrichten, und zwar unabhängig davon, woher die Waren eingeführt werden und wohin sie innerhalb der EU verbracht werden. Die Mehrwertsteuer muss jedoch in dem Mitgliedstaat entrichtet werden, in den die Waren tatsächlich eingeführt werden. Um den bürokratischen Aufwand zu verringern, erwägt die Kommission die Änderung der Mehrwertsteuer-Vorschriften. Mit der Konsultation soll die Meinung der Wirtschaft dazu eingeholt werden. Die Konsultation läuft bis 31.10.2010.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/consultations/customs/customs_clearance_2010_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

KEINE EINIGUNG ZU KÜNFTIGER EU-FINANZMARKTAUFSICHT VOR DER SOMMER-PAUSE

Die Finanzminister der EU haben auf ihrer Tagung am 13.07.2010 der belgischen Ratspräsidentschaft ein neues Verhandlungsmandat für das Finanzmarktaufsichtspaket erteilt. Da-nach sollen die EU-Aufsichtsbehörden für Banken, Versicherungen und den Wertpapierhandel mit bestimmten Durchgriffsrechten ausgestattet werden. Da dies jedoch noch nicht den Forderungen des EP genügt, brachte der weitere Trilog am 14.07.2010 noch keinen Durchbruch. Die Verhandlungen werden nun nach der Sommerpause fortgesetzt. (Im Einzelnen s. auch Bericht im Bereich des StMF).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115787.pdf

ECOFIN-RAT BESCHLIESST WIRTSCHAFTLICHE LEITLINIEN ZUR STRATEGIE EUROPA 2020

Die Finanzminister haben auf ihrer Tagung am 13.07.2010 die wirtschaftspoli-



tischen Leitlinien zur Strategie Europa 2020 verabschiedet.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/115794.pdf

KOMMISSION SCHLÄGT ÄNDERUNG DER VORSCHRIFTEN FÜR ANLEGGERSCHUTZ VOR

Die Kommission hat am 12.07.2010 die Änderung der Richtlinie 94/19/EG über die Einlagensicherung bei Banken, der Richtlinie 97/9/EG über die Entschädigung der Anleger bei Wertpapieren sowie ein Weißbuch für einen besseren Schutz für Versicherungsnehmer vorgelegt. Damit soll der Schutz für diese drei Kundenkreise verbessert werden.

Mit der Revision der Richtlinie zum Schutz von Bankeinlagen sollen Kunden künftig im Fall der Insolvenz ihrer Bank ihr Geld innerhalb von sieben Tagen zurück erhalten und die garantierte Summe von derzeit 50.000 € auf 100.000 € erhöht werden. Zugleich sollen die diesbezüglichen Informationen verbessert werden.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/guarantee/index_de.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/isd/investor_de.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/insurance/guarantee_de.htm

BIODIVERSITÄT UND UNTERNEHMEN – TEILBERICHT „TEEB FOR BUSINESS“ VERÖFFENTLICHT

Am 13.07.2010 hat die Europäische Kommission den neuen Teilbericht „TEEB for Business“, im Rahmen des internationalen Projekts „Ökonomischer Wert von Ökosystemen und biologischer Vielfalt“ (TEEB, The Economics of Ecosystems and Biodiversity; s. auch EB Nr. 20/2009 und Nr. 05/2010) vorgestellt (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB). Zum Abschluss des Internationalen Jahres der Biodiversität und im Hinblick auf die 10. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 10; CBD, Convention on Biological Diversity) in Aichi-Nagoya, Japan, vom 18. - 29.10.2010, soll „TEEB for Business“ speziell für Unternehmen Strategien vorstellen, die helfen sollen, Risiken zu minimieren, die sich aus dem Verlust der Artenvielfalt ergeben, und um die Vorteile der biologischen Vielfalt besser zu nutzen.

Bericht „TEEB for Business“:

<http://www.teebweb.org/LinkClick.aspx?fileticket=ubcryE0OUbw%3d&tabid=92>



[4&language=en-US](#)

Weitere Informationen unter:

<http://www.teebweb.org/>

http://ec.europa.eu/environment/biodiversity/business/index_en.html

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 12.07.2010 IN BRÜSSEL

Die Kommission präsentierte den Agrarministern beim Rat am 12.07.2010 in Brüssel den Bericht der hochrangigen Gruppe Milch, deren Vorschläge bei den Mitgliedstaaten auf eine breite Zustimmung stießen. Die Vorschläge der Kommission zur Verlängerung des deutschen Branntweinmonopols, die erstmals im Agrarrat präsentiert wurden, nahmen die Mitgliedstaaten ohne größere Aussprache zur Kenntnis. Lediglich Polen und Rumänien äußerten sich hierzu. Die belgische Landwirtschaftsministerin *Sabine Laruelle* stellte die Schwerpunkte der belgischen Ratspräsidentschaft vor (vgl. EB 13/2010).

KONFERENZ ZUR ZUKUNFT DER GAP NACH 2013

Vom 19. – 20.07.2010 fand in Brüssel eine Konferenz mit über 600 Delegierten von Lobby-Gruppen, Nichtregierungsorganisationen, Stakeholdern, Mitgliedstaaten etc. statt, um über die Zukunft der GAP nach 2013 zu diskutieren. Insgesamt tauschten die Teilnehmer ihre bekannten Positionen aus ihrer jeweiligen Sichtweise und Interessenslage aus. In seiner Abschlussrede sagte Agrarkommissar *Cioloş*, dass die Direktzahlungen zukünftig durch objektive und realistische Kriterien, wie sozio-ökonomische Faktoren und die Berücksichtigung umweltrelevanter Aspekte, hinterlegt sein sollen. Eine gerechtere Verteilung der Direktzahlungen sei nicht gleichbedeutend mit gleich hohen Zahlungen. *Cioloş* sprach sich für die Beibehaltung des 2-Säulen-Systems aus. Historischen Referenzen zur Begründung der Direktzahlungen erteilte *Cioloş* eine Absage.

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/conference/index_de.htm

ERGEBNISSE DER ÖFFENTLICHEN DISKUSSION ZUR GAP NACH 2013 VORGESTELLT

Die Ergebnisse der am 12.04.2010 von der Kommission eröffneten Internetdebatte zur GAP nach 2013, wurden von der Kommission am 20.07.2010 im



Rahmen der Konferenz in Brüssel (siehe vorhergehenden Beitrag in diesem EB) vorgestellt. Überwiegend sehen die Diskussionsteilnehmer, die 5.700 Beiträge einstellten, eine Notwendigkeit für eine gerechtere GAP hinsichtlich kleiner landwirtschaftlicher Betriebe, benachteiligter Gebiete und der neuen Mitgliedstaaten. Ein Schlüsselement der neuen GAP sollte die Zahlung für die Erbringung öffentlicher Leistungen durch die Landwirte sein. Außerdem soll die neue GAP die Umwelt und Biodiversität schützen, die Landschaft bewahren, die ländliche Wirtschaft sowie Arbeitsplätze erhalten und den Klimawandel abschwächen.

http://ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013/debate/report/executive-summary_de.pdf

EUROPÄISCHER BIOSEKTOR SETZT STARKES WACHSTUM FORT

Ein letzte Woche von der Kommission veröffentlichter Bericht zeigt, dass der europäische Biosektor sein starkes Wachstum weiter fortsetzt. Die biologisch bewirtschafteten Agrarflächen wuchsen im Zeitraum von 2000 bis 2008 von 4,4 Mio. Hektar auf 7,6 Mio. Hektar an. Am stärksten fiel der Anstieg in den EU-12 mit 20 % pro Jahr aus. Deutschland zählt mit knapp 1 Mio. Hektar zu den Mitgliedstaaten mit der größten biologisch bewirtschafteten Fläche.

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/markets/organic_2010_en.pdf

GVO: KOMMISSION SCHLÄGT MÖGLICHKEIT FÜR NATIONALE ANBAU-VERBOTE VOR

Die Kommission hat am 13.07.2010 im Rahmen eines dreiteiligen „GVO-Pakets“ u.a. einen Legislativvorschlag zur Änderung der Vorschriften für den Anbau von GVO vorgestellt, der den Mitgliedstaaten mehr Freiheiten einräumen soll. Das vorgestellte Paket besteht aus einer Mitteilung (COM(2010) 380 final), Empfehlungen für Leitlinien zur sog. Koexistenz sowie einer Änderungsverordnung, die einen neuen Artikel in die sog. Freisetzung-Richtlinie 2001/18/EG einfügt. Durch den neuen Art. 26b soll es einem Mitgliedstaat zukünftig möglich sein, den Anbau von GVO im gesamten Staatsgebiet, oder Teilen davon zu verbieten und damit „GVO-anbaufreie Zonen“ zu schaffen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

Mitteilung:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/docs/communication_en.pdf

Änderungsverordnung:



http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/docs/proposal_en.pdf

Leitlinienempfehlung:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/docs/new_recommendation_en.pdf

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

KOMMISSION FORDERT 265 MIO. € AGRARGELDER ZURÜCK

Am 16.06.2010 veröffentlichte die Kommission einen Beschluss, in dem sie 265,02 Mio. € an GAP-Geldern von den europäischen Mitgliedstaaten zurückfordert. Das Vereinigte Königreich gilt als Hauptsünder und soll 223,1 Mio. € zurückzahlen. Begründet werden die Forderungen mit Fehlern im System zur Identifizierung beihilfefähiger Flächen, Schwächen bei entsprechenden Kontrollen sowie der falschen Berechnung von Beihilfen und Sanktionen. Deutschland muss mit 6,9 Mio. € einen vergleichsweise niedrigen Betrag zurückzahlen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/961&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ANSTIEG DER UNREGELMÄSSIGKEITEN UND BETRUGSFÄLLE BEI AGRAR- UND KOHÄSIONSMITTELN

Die Kommission hat am 14.07.2010 ihren Jahresbericht über den Schutz der finanziellen Interessen der EU und die Betrugsbekämpfung vorgestellt. Die gemeldeten Betrugsfälle und Unregelmäßigkeiten sind zwar insgesamt rückläufig (Eigenmittel und Direktausgaben), jedoch in einigen Bereichen stark angestiegen (Landwirtschaft, Kohäsionspolitik und Heranführungshilfe). Häufig ist der Grund, dass die bestehenden Kontroll- und Betrugsbekämpfungssysteme besser funktionieren und daher mehr Fälle gemeldet werden. Nach EU-Recht müssen alle in Zusammenhang mit EU-Mitteln festgestellten Fehler berichtigt und vorschriftswidrig verwendete Mittel beigetrieben werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/937&format=HTML&aged=0&language=FR&guiLanguage=en>

ZWEITER FAHRPLAN ZUR TSE-BEKÄMPFUNG

Am 16.07.2010 hat die Kommission ihre neue mehrjährige Strategie zur Bekämpfung transmissibler spongiformer Enzephalopathien (TSE, übertragbare schwammartige Hirnleiden, die vermutlich über sog. Prionen ausgelöst wer-



den) vorgestellt, in der verschiedene Optionen für die schrittweise Änderung der entsprechenden tierseuchenrechtlichen Vorschriften aufgezeigt werden. Damit soll den in den vergangenen Jahren erzielten Fortschritten bei der Bekämpfung dieser Tierseuchen Rechnung getragen werden. Die Mitteilung „Zweiter Fahrplan für die TSE-Bekämpfung: Ein Strategiepapier zum Thema TSE (2010-2015)“ bezweckt eine Überprüfung der bisher umgesetzten Maßnahmen und betont, dass – kurz vor der Tilgung der bovinen spongiformen Enzephalopathie (BSE) in der EU - die Änderungen auf fundierten wissenschaftlichen Experimenten beruhen müssen, damit weiterhin ein hohes Maß an Lebensmittelsicherheit gewährleistet ist. Im Folgenden werden sich das EP und der Rat mit dem Reflexionspapier auseinandersetzen.

http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/tse_bse/docs/roadmap_de.pdf

KOMMISSION SCHLÄGT RICHTLINIEN ZU EINREISE UND AUFENTHALT VON SAISONARBEITERN UND KONZERNINTERN VERSETZTEN MITARBEITERN VOR

Mit der Saisonarbeiterrichtlinie sollen die Zulassungsverfahren angeglichen, die Möglichkeit zur Zulassung für mehrere aufeinander folgende Jahre eingeführt und ein Grundbestand von Mindestrechten für Saisonarbeiter geschaffen werden. Die Richtlinie zu konzerninternen Entsandten soll die Versetzung von Führungskräften und spezialisiertem Personal internationaler Unternehmen aus Drittstaaten in Filialen oder Tochterunternehmen in einem EU-Staat sowie die zeitlich beschränkte Weiterversetzung in ein anderes EU-Land erleichtern (s. hierzu Bericht des StMI in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/930&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/931&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

BEKÄMPFUNG VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG: VERTRETER DER EU-INSTITUTIONEN IM AUSTAUSCH MIT KIRCHEN UND GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN

Möglichkeiten der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung als Aufgabe europäischer Politik standen im Mittelpunkt eines Gesprächs auf Einladung von EU-Kommissionspräsident *José Manuel Barroso* mit hochrangigen Vertretern von Christentum, Judentum, Islam sowie der Sikh- und der Hindu-Gemeinschaft am 19.07.2010. Schirmherren des Treffens waren der Präsident des Europäischen Parlaments, *Jerzy Buzek*, sowie EU-Ratspräsident *Herman van Rompuy*. Im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung wollen die EU-Organe im Rahmen der „Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Armut“, die einen Teil der Europa 2020-Strategie bildet, in einen Dialog mit der Zivilgesellschaft, Nichtregierungsorganisationen, öffentlichen Verwaltungen und anderen karitativen Einrichtungen eintreten, um neue Konzepte und Maßnahmen für die europaweite Bekämpfung von Armut zu finden. Eines der EU-weit vereinbarten Ziele besteht darin, die Zahl der armutsgefährdeten und von sozialer Ausgrenzung bedrohter Menschen um mindestens 20 Millionen zu senken (s. EB 12/2010).

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/9324_de.htm

FREIZÜGIGKEIT VON ARBEITNEHMERN: KOMMISSION LEGT MITTEILUNG ÜBER RECHTE VON EU-WANDERARBEITNEHMERN VOR

Die EU-Kommission hat am 13.07.2010 die Mitteilung „Bekräftigung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer: Rechte und wesentliche Entwicklungen“ vorgelegt. Damit will die Kommission einen Überblick geben über die Rechte, die EU-Wanderarbeitnehmern zustehen, eine ältere Mitteilung [KOM (2002) 294] unter Berücksichtigung neuerer Rechtsetzung und Rechtsprechung aktualisieren und allgemein das Bewusstsein für die Rechte zugewanderter Arbeitnehmer stärken. Die Mobilität in der EU soll u.a. im Rahmen der Europa 2020-Strategie und insbesondere mit der Leitinitiative „Agenda für neue Kompetenzen und neue Beschäftigung“ gefördert werden.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=847&furtherNews=yes>



KOMMISSION SCHLÄGT RICHTLINIEN ZU EINREISE UND AUFENTHALT VON SAISONARBEITERN UND KONZERNINTERN VERSETZTEN MITARBEITERN VOR

Die Kommission hat zwei Vorschläge zur legalen Zuwanderung vorgelegt. Mit der Saisonarbeiterrichtlinie sollen die Zulassungsverfahren angeglichen, die Möglichkeit zur Zulassung für mehrere aufeinander folgende Jahre eingeführt und ein Grundbestand von Mindestrechten für Saisonarbeiter geschaffen werden. Die Richtlinie zu konzerninternen Entsandten soll die Versetzung von Führungskräften und spezialisiertem Personal internationaler Unternehmen aus Drittstaaten in Filialen oder Tochterunternehmen in einem EU-Staat sowie die zeitlich beschränkte Weiterversetzung in ein anderes EU-Land erleichtern (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/930&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/931&format=HTML&aged=0&language=de&guiLanguage=de>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BELGISCHER RATSVORSITZ ERLÄUTERT IM EP-BILDUNGSAUSSCHUSS PRIORITÄTEN DER PRÄSIDENTSCHAFT

Der flämische Bildungsminister *Pascal Smet* stellte im Bildungsausschuss des Europäischen Parlaments die Prioritäten des belgischen Ratsvorsitzes für den Bildungsbereich vor und nannte dabei insbesondere die Weiterentwicklung des Kopenhagen-Prozesses und die Vermeidung von Schulabbruch als Schwerpunkte. Der flämische Sportminister *Philippe Muyters* kündigte an, sich vor allem für die Entwicklung eines politischen Rahmenwerks für die künftige EU-Sportpolitik sowie für die Stärkung der sozialen Rolle des Sports einzusetzen.

BILDUNGSAUSSCHUSS DES RATES DISKUTIERT UNTER BELGISCHEM VORSITZ ÜBER BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Zur Vorbereitung eines Entwurfs von Ratsschlussfolgerungen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung legte der belgische Vorsitz ein Hintergrundpapier vor, das sich mit der Bedeutung und den Zielen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung auseinandersetzt. In der sich anschließenden Diskussion begrüßten die Mitgliedstaaten einen Erfahrungs- und Informationsaustausch zu diesem



Thema und sprachen sich für ein umfassendes Verständnis der Bildung für nachhaltige Entwicklung und somit gegen eine Beschränkung auf den Teilaspekt der Umwelterziehung aus.

KOMMISSION STELLT IM BILDUNGSAUSSCHUSS DES RATES AKTUALISIERTES ARBEITSPROGRAMM VOR

Anlässlich des Beginns der belgischen Ratspräsidentschaft stellte die Kommission im Bildungsausschuss des Rates ein aktualisiertes Arbeitsprogramm vor. Insbesondere kündigte sie eine Mitteilung zur EU-Leitinitiative „Jugend in Bewegung“, einen Vorschlag für eine Empfehlung zur Bekämpfung des Schulabbruchs, eine Mitteilung zur Vorschulbildung sowie eine Mitteilung zu „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigung“ an.

UNABHÄNGIGER EXPERTENBERICHT ZU KÜNFTIGEN EU-PRIORITÄTEN IM SPORTBEREICH VERÖFFENTLICHT

Eine unabhängige Expertengruppe, die von EU-Kommissarin *Vassiliou* im Rahmen des laufenden Konsultationsprozesses zur EU-Sportpolitik eingesetzt wurde, veröffentlichte ihren Abschlussbericht über künftige EU-Prioritäten im Sportbereich. Auf der Grundlage des Weißbuchs Sport, das von der Kommission im Jahr 2007 vorgelegt wurde und anschließend Gegenstand einer EP-Entscheidung war, legte die Expertengruppe ihre Vorstellungen zur Entwicklung einer europäischen Sportpolitik dar. Als Schwerpunkte wurden insbesondere folgende Themen vorgeschlagen: soziale und pädagogische Funktion des Sports, Strukturen des Sports, insbesondere in Bezug auf ehrenamtliche Tätigkeiten, Fairness und Offenheit im Sport, physische und moralische Integrität von Sportlern, Dialog und Kooperation mit Stakeholdern im Sportbereich und Entwicklung eines EU-Sportprogramms.

Der Expertenbericht steht im Internet auf Englisch unter folgender Adresse zur Verfügung:

http://ec.europa.eu/sport/news/doc/100702_gise_final_report.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

INFORMELLES TREFFEN DES WETTBEWERBSRATES VOM 14. – 16.07.2010

Bei dem informellen Treffen des Wettbewerbsrates vom 14. - 16.07.2010 in



Brüssel sowie Louvain-La Neuve, in Anwesenheit der Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn*, standen im Bereich Forschung das notwendige Zusammenwirken von Innovations- und Forschungspolitik und die Vereinfachung von EU-Subventionsprozeduren im Mittelpunkt. Ziel ist es, dass der Übergang zwischen Forschung und Markt vereinfacht und die Akzeptanz sowie die Nachfrage der Gesellschaft gestärkt werden.

6,4 MRD. € REKORDINVESTITION DER EU IN FORSCHUNG UND INNOVATION

Am 19.07.2010 kündigte Kommissarin *Geoghegan-Quinn* das bislang größte Investitionspaket für Forschung und Innovation an. Ab dem 20.07.2010 werden für nahezu alle Wissenschafts- und Wirtschaftsbereiche Ausschreibungen mit einem Budget für 2011 von 6,4 Mrd. € aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm erfolgen – das ist eine Steigerung von 12 % gegenüber dem Vorjahr. Die Kommission erhofft sich europaweit davon 165.000 neue Arbeitsplätze – diese Maßnahme ist ein wesentlicher Bestandteil der EU-Strategie 2020. Ferner sollen „Innovationspartnerschaften“ eingerichtet werden, um die wichtigsten Akteure aus Schlüsselbereichen zusammenzuführen und ein ausgewogenes Verhältnis von Kooperation und Wettbewerb zu bewerkstelligen.

http://ec.europa.eu/research/fp7/index_en.cfm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

GVO: KOMMISSION SCHLÄGT MÖGLICHKEIT FÜR NATIONALE ANBAU-VERBOTE VOR

Die Kommission hat am 13.07.2010 im Rahmen eines dreiteiligen „GVO-Pakets“ u. a. einen Legislativvorschlag zur Änderung der Vorschriften für den Anbau von GVO vorgestellt, der den Mitgliedstaaten mehr Freiheiten einräumen soll. Das vorgestellte Paket besteht aus einer Mitteilung (COM(2010) 380 final), Empfehlungen für Leitlinien zur sog. Koexistenz sowie einer Änderungsverordnung, die einen neuen Artikel in die sog. Freisetzung-Richtlinie 2001/18/EG einfügt. Durch den neuen Art. 26b soll es einem Mitgliedstaat zukünftig möglich sein, den Anbau von GVO im gesamten Staatsgebiet, oder Teilen davon zu verbieten und damit „GVO-anbaufreie Zonen“ zu schaffen.

Mitteilung:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/docs/communication_en.pdf



Änderungsverordnung:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/docs/proposal_en.pdf

Leitlinienempfehlung:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/docs/new_recommendation_en.pdf

Hintergrundinformationen:

http://ec.europa.eu/food/food/biotechnology/index_en.htm

BIODIVERSITÄT UND UNTERNEHMEN – TEILBERICHT „TEEB FOR BUSINESS“ VERÖFFENTLICHT

Am 13.07.2010 hat die Kommission den neuen Teilbericht „TEEB for Business“, im Rahmen des internationalen Projekts „Ökonomischer Wert von Ökosystemen und biologischer Vielfalt“ (TEEB, The Economics of Ecosystems and Biodiversity; s. auch EB Nr. 20/2009 und Nr. 05/2010) vorgestellt. Zum Abschluss des Internationalen Jahres der Biodiversität und im Hinblick auf die 10. Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (COP 10; CBD, Convention on Biological Diversity) in Aichi-Nagoya, Japan, vom 18.- 29.10.2010, soll „TEEB for Business“ speziell für Unternehmen Strategien vorstellen, die helfen sollen, Risiken zu minimieren, die sich aus dem Verlust der Artenvielfalt ergeben, und um die Vorteile der biologischen Vielfalt besser zu nutzen.

Bericht „TEEB for Business“:

<http://www.teebweb.org/LinkClick.aspx?fileticket=ubcryE0OUbw%3d&tabid=924&language=en-US>

Weitere Informationen unter:

<http://www.teebweb.org/>

http://ec.europa.eu/environment/biodiversity/business/index_en.html

ZWEITER FAHRPLAN ZUR TSE-BEKÄMPFUNG

Am 16.07.2010 hat die Kommission ihre neue mehrjährige Strategie zur Bekämpfung transmissibler spongiformer Enzephalopathien (TSE, übertragbare schwammartige Hirnleiden, die vermutlich über sog. Prionen ausgelöst werden) vorgestellt, in der verschiedene Optionen für die schrittweise Änderung der entsprechenden tierseuchenrechtlichen Vorschriften aufgezeigt werden. Damit soll den in den vergangenen Jahren erzielten Fortschritten bei der Bekämpfung dieser Tierseuchen Rechnung getragen werden. Die Mitteilung



„Zweiter Fahrplan für die TSE-Bekämpfung: Ein Strategiepapier zum Thema TSE (2010-2015)“ bezweckt eine Überprüfung der bisher umgesetzten Maßnahmen und betont, dass - kurz vor der Tilgung der bovinen spongiformen Enzephalopathie (BSE) in der EU - die Änderungen auf fundierten wissenschaftlichen Experimenten beruhen müssen, damit weiterhin ein hohes Maß an Lebensmittelsicherheit gewährleistet ist. Im Folgenden werden sich das EP und der Rat mit dem Reflexionspapier auseinandersetzen.

http://ec.europa.eu/food/food/biosafety/tse_bse/docs/roadmap_de.pdf

EUROPÄISCHER BIOSEKTOR SETZT STARKES WACHSTUM FORT

Ein letzte Woche von der Kommission herausgegebener Bericht zeigt, dass der europäische Biosektor sein starkes Wachstum weiter fortsetzt. Die biologisch bewirtschafteten Agrarflächen wuchsen im Zeitraum von 2000 bis 2008 von 4,4 Mio. Hektar auf 7,6 Mio. Hektar an. Am stärksten fiel der Anstieg in den EU-12 mit 20% pro Jahr aus. Deutschland zählt mit knapp 1 Mio. Hektar zu den Mitgliedstaaten mit der größten biologisch bewirtschafteten Fläche (s. Beitrag des StMELF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/agriculture/analysis/markets/organic_2010_en.pdf